

Editorial

Liebe Leserin und lieber Leser,
diese Website richtet sich an interessierte Mitmenschen in- und außerhalb der Partei **DIE LINKE**. Es handelt sich bei diesem Onlinedienst aber nicht um ein offizielles Mitteilungsorgan der Partei. Die Redaktion ist bemüht, die publizierten Inhalte auf aktuellem Stand zu halten. Dabei will sie linke Positionen aus Rheinland-Pfalz und anderswo zu politischen Fragen aller Art deutlich zu machen. Um den „Nachrichtenwert“ unserer Berichterstattung sind wir ebenso bemüht und längst nicht jede „Pressemitteilung“, die uns erreicht, nur weil sie ein aktuelles Datum trägt.

Wir berichten auch nicht immer im Wortlaut, und wenn wir kommentieren, lesen wir auch „zwischen den Zeilen“ der Originale. Wenn uns Publikationswünsche erreichen, müssen diese, um von uns erfüllt zu werden, im weitesten Sinne unseren Standpunkt „fitten“ oder besser, diesen durch erkennbaren Widerspruch in dialektischer Weise bereichern.

Weil wir uns der „äußeren“ und der „inneren“ Pressefreiheit verpflichtet fühlen, berichten und kommentieren wir stets unabhängig von Eingriffen und Weisungen. „Parteiobere“ und andere „Prominente“ können unsere Berichterstattung und Kommentierung nicht behindern. Bei uns ziehen nur linke Argumente und wir wollen im Zweifelsfalle gegenüber jeder „Obrigkeit“ vorsätzlich respektlos sein.

Als überzeugte Demokratische Sozialisten im Sinne Rosa Luxemburgs und Paul Levys kommentieren und berichten wir nicht „neutral“ - was das auch immer sei. Im Gegenteil: Wir bemühen uns, unseren Standpunkt stets erkennbar zu machen. Weil wir als „sozialistische Gesinnungstäter“ die kleinbürgerliche Illusion nicht teilen wollen, dass man sich in einer Klassengesellschaft „neutral“ verhalten könne, sind wir um erkennbare „Parteilichkeit“ bemüht und wollen stets für die Schwächeren und Ausgebeuteten der Gesellschaft Stellung nehmen.

Wir verteidigen die vom Grundgesetz gewollte innere und äußere Pressefreiheit. Weil wir das Grundgesetz achten, und dabei mithelfen wollen, es zu verwirklichen und wo immer nötig zu verteidigen, bewerten wir von uns berichtete Sachverhalte auch danach, ob sie dem internationalen solidarischen Streben aller Demokratinnen und Demokraten nach mehr Sozialer Gerechtigkeit, nach Frieden und nach Schutz und Mehrung der Freiheit und der Bürgerrechte nutzen oder schaden.

Die Redaktion des Demokratischen Sozialisten, im Dezember 2013.